

Erdverkabelung als formuliertes Ziel nur Makulatur?

380-kV-Trasse: Uwe Cordes sieht Diskrepanz zwischen raumordnerischen Vorgaben und landesplanerischer Feststellung

HARPSTEDT/HANNOVER (boh)

Das Landesraumordnungsprogramm (LROP) wird neu aufgelegt. Eine Entwurfsfassung liegt bereits vor. Dazu können die Kommunen im Beteiligungsverfahren Stellung beziehen. Der Bürgermeister der Samtgemeinde Harpstedt, Uwe Cordes, hat kurzfristig reagiert und das niedersächsische Landwirtschaftsministerium angeschrieben. Er begrüßt, dass im LROP-Entwurf die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen als landesplanerisches Ziel vorgegeben wird. Doch das ist womöglich Makulatur, zumal

der Entwurf „Abweichungen“ einräumt. Cordes befürchtet, Freileitungen könnten auf neuen Trassen eben nicht die Ausnahme bleiben. Er appelliert an das Land, sich auf bundespolitischer Ebene mit Nachdruck für die Umsetzung der im LROP-Entwurf formulierten Ziele zu bemühen und auf eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes hinzuwirken, damit unterirdische Leitungsverlegungen tatsächlich zum Regelfall werden. „Grundsätzlich sachgerecht“ nennt Cordes die Aussagen im Umweltbericht des LROP-Entwurfs. Er steht auf dem Standpunkt, dass im Plan-



Die Erdverkabelung auf Hochspannungstrassen werde als Ziel nicht ernsthaft genug verfolgt, beklagt Verwaltungschef Uwe Cordes.

feststellungsverfahren erneut auch die Erdverkabelung als Alternative geprüft und abschließend entschieden werden müsste. „Ich stimme Ihnen zu, dass Sie die Erdverkabelung als generelle technische Alternative betrachten, mit der erhebliche nachteilige Auswirkungen vermieden werden können“, schreibt Cordes. Die mit dem Abschluss des Raumordnungsverfahrens landesplanerisch festgestellte 380-kV-Leitung von Ganderkesee nach St. Hülfe sei deckungsgleich mit der im LROP-Entwurf bereits „als Vorranggebiet festgelegten“ Trasse. Cordes hätte sich ge-

wünscht, dass sich die landesplanerische Feststellung an den raumordnerischen Zielen orientiert und sie auch bereits „auf die Durchführung einer Alternativenprüfung“ im nachgeschalteten Planfeststellungsverfahren hingewiesen beziehungsweise diese „durch Maßgabe verfügt“ hätte.

„Ich bedaure“, so der Verwaltungschef weiter, „dass im zuständigen Ministerium für den Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zwischen den aktuellen landesplanerischen Überlegungen und den zeitgleichen Entscheidungen im Rahmen des

Raumordnungsverfahrens eine Diskrepanz besteht.“ Die Erdverkabelung auf Hochspannungstrassen werde nicht ernsthaft genug verfolgt und solle offenbar lediglich eine „Alibifunktion gegenüber den betroffenen Kommunen einnehmen“, beschreibt Cordes seinen Eindruck.

Mit einer Bitte endet der Brief an das Ministerium. „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie aus Ihrer Sicht zu dieser Thematik kurzfristig Stellung nehmen und mir mitteilen würden, wie Sie sich eine Umsetzung des Zieles einer unterirdischen Verlegung praktisch vorstellen.“